

# Berlin aktuell

Die Woche im Bundestag

## 17. Wahlperiode

### Abgeordneten-Büro Berlin:

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin  
Tel.: 030/227/72542 • Fax: 030/227/70132  
E-Mail: [thomas.strobl@bundestag.de](mailto:thomas.strobl@bundestag.de)  
Internet: [www.thomas-strobl.de](http://www.thomas-strobl.de)

### Abgeordneten-Büro Heilbronn:

Badstraße 14 • 74072 Heilbronn  
Tel.: 07131/9824215 • Fax: 07131/9824216  
E-Mail: [thomas.strobl@wk.bundestag.de](mailto:thomas.strobl@wk.bundestag.de)  
Internet: [www.thomas-strobl.de](http://www.thomas-strobl.de)

Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche

## **Sanierung des Haushalts und Entlastung der Bürger. Bundesfinanzminister Schäuble legt Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2012 vor**

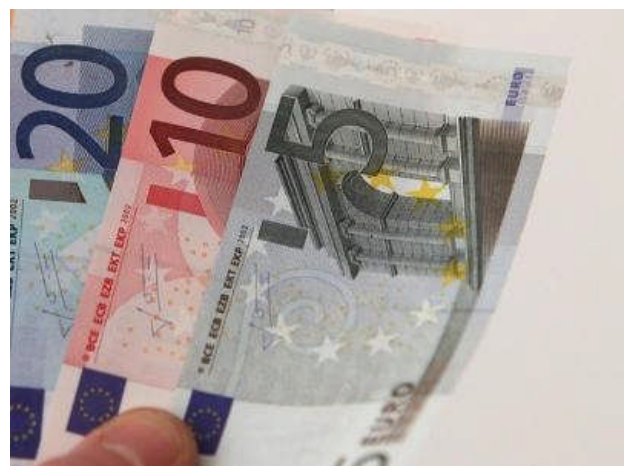
Es gibt eine gute Nachricht für alle Erwerbstätigen: Die von der Koalition versprochene Entlastung im Steuerbereich wird nun kommen.

In der letzten Sitzungswoche des Deutschen Bundestages vor der parlamentarischen Sommerpause wurde beschlossen, untere und mittlere Einkommen zum 1. Januar 2013 um 600 Mio. Euro steuerlich zu entlasten. Insbesondere die kalte Progression soll vermindert werden.

Dass trotz dieser Entlastung das Prinzip Solidität der Staatsfinanzen nicht gefährdet wird, zeigt der ebenfalls an diesem Donnerstag vorgelegte Entwurf zum Bundeshaushalt 2012 und zum Finanzplan des Bundes bis 2015. Mit diesem Regierungsentwurf Wolfgang Schäubles geht die Koalition einen weiteren Schritt auf dem Weg zur Verstetigung eines gesunden Etats.

Den für das Jahr 2010 noch erforderlichen 86 Milliarden Euro Nettokreditaufnahme stehen im laufenden Jahr 2011 nur noch rund 30 Milliarden Euro gegenüber. Der Anstieg der Verschuldung sinkt also. Dies ist nicht zuletzt der guten wirtschaftlichen Entwicklung geschuldet.

Die gute wirtschaftliche Entwicklung ist aber ihrerseits auch eine Folge des wachstumsorientierten Konsolidierungskurses der christlich-liberalen Koalition und damit Beleg für die trotz aller Unkenrufe verantwortungsvolle und ergebnisorientierte Politik der Regierung Merkel.



Entscheidend für die Solidität der Staatsfinanzen ist das Kriterium der Nachhaltigkeit. Und genau darauf ist der Kurs der Koalition ausgerichtet.

**Schuldenbremse greift:**

So hält die Bundesregierung etwa mit dem vorgelegten Haushaltsentwurf auch 2012 und in den Folgejahren die Vorgaben der seit diesem Jahr geltenden Schuldenbremse strikt ein. Das von der Schuldenbremse vorgegebene Ziel eines strukturell nahezu ausgeglichenen Haushalts wird in jedem Fall erreicht werden.

Das strukturelle Defizit des Bundeshaushaltes wird bis 2015 im Durchschnitt jährlich um fünf Milliarden Euro sinken.

#### **Wie sehen die wesentlichen Haushaltskennziffern im Detail aus?**

Die Ausgaben des Bundes im Jahr 2012 werden 306 Milliarden Euro betragen. Damit bleibt der Ausgabenanstieg des Bundeshaushalts deutlich unterhalb der erwarteten Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes.

Die Nettokreditaufnahme im Jahr 2012 wird bei 27,2 Milliarden Euro liegen. In den Folgejahren wird die Neuverschuldung weiter kontinuierlich zurückgehen (2013: 24,9 Mrd., 2014: 18,7 Mrd., 2015: 14,7 Mrd.). Somit ist aus heutiger Sicht denkbar, dass die ab 2016 geltenden Vorgaben eines Strukturellen Defizits von maximal 0,35 Prozent des BIP schon 2015 erreicht werden.

Überdies entwickeln sich die Steuereinnahmen für alle staatlichen Ebenen positiv. Für den Bund allein wird für 2012 und in den Folgejahren zusätzlich mit durchschnittlich 4 Milliarden Euro gerechnet. Dies ist eine gute Voraussetzung für das Ziel generationengerechter Finanzpolitik, zu dem sich die Union mehr als jede andere Partei bekennt.

#### **WEITERE THEMEN IM PLENUM:**

- **Abstimmung Präimplantationsdiagnostik**
- **Entschädigung für ehemalige Heimkinder**

Nähere Informationen zu diesen Themen erhalten Sie auf Wunsch gerne zugesandt. Kontakt unter 030 / 227 72542.

#### **PRESSEMITTEILUNGEN:**



#### **Thomas Strobl MdB:**

**Auch im Jahr 2012 findet wieder das traditionelle Parlamentarische Patenschafts-Programm des Deutschen Bundestages statt, das es jungen Leuten ermöglicht, ein Jahr in den USA zu leben. Das Besondere an diesem Programm ist, dass der Deutsche Bundestag und der Kongress der USA nahezu alle Kosten übernehmen.**

**Interessierte im Wahlkreis Heilbronn wenden sich bitte an den direkt gewählten Bundestagsabgeordneten Thomas Strobl.**

**Bewerbungsschluss für Schülerinnen und Schüler sowie junge Berufstätige ist am 2. September 2011 (04.07.2011):**

Das Parlamentarische Patenschafts-Programm wurde 1983 vom Kongress der Vereinigten Staaten von Amerika und dem Deutschen Bundestag aus Anlass des 300. Jahrestages der ersten Einwanderung von Deutschen in die USA ins Leben gerufen. Mit diesem Programm soll jungen Deutschen und Amerikanern in beiden Ländern die Bedeutung freundschaftlicher Zusammenarbeit, die auf gemeinsamen politischen und kulturellen Wertvorstellungen beruht, auf anschauliche Weise vermittelt werden.

Untergebracht werden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer während ihres Aufenthalts in den USA bei Gastfamilien. Schülerinnen und Schüler besuchen eine amerikanische Schule, junge Berufstätige werden an einem Community College unterrichtet und machen ein Praktikum in einem amerikanischen Betrieb.

Das Besondere an diesem Programm ist, dass die gesamten Reise-, Flug-, Versicherungs- und Programmkosten vom Deutschen Bundestag und vom Amerikanischen Kongress getragen werden. Bewerben kann sich jede Schülerin und jeder Schüler mit erstem Wohnsitz in der Bundesrepublik

Deutschland und guten Schulleistungen, die/der am 31.7.2012 mindestens 15 und höchstens 17 Jahre alt ist (Geburtstage vom 1.8.1994 bis 31.7.1997), oder jede/r junge Berufstätige mit erstem Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland, die/der am 31.7.2012 ihre/seine Berufsausbildung abgeschlossen hat und höchstens 24 Jahre alt ist (Geburtstage nach dem 31.7.1987). Auch arbeitslose Jugendliche mit abgeschlossener Berufsausbildung sind teilnahmeberechtigt.

Geleisteter Grundwehrdienst oder Zivildienst sowie ein geleistetes freiwilliges soziales, ökologisches oder entwicklungspolitisches Jahr erhöhen die obere Altersgrenze entsprechend.

Umfassende Informationen und Bewerbungskarten stellt der Deutsche Bundestag im Internet unter [www.bundestag.de/ppp](http://www.bundestag.de/ppp) zur Verfügung. Eine Informationsbroschüre mit Bewerbungskarte kann zudem beim Deutschen Bundestag, Verwaltung, Referat WI 4, Platz der Republik 1, 11011 Berlin angefordert werden.

Interessierte junge Leute, die im Bundestagswahlkreis Heilbronn (267) wohnen, erhalten nähere Informationen und Bewerbungsunterlagen auch im

Wahlkreisbüro  
Thomas Strobl MdB  
Badstraße 14  
74072 Heilbronn  
Tel.: 07131-9824215  
Fax: 07131-9824216

E-Mail: [thomas.strobl@wk.bundestag.de](mailto:thomas.strobl@wk.bundestag.de)

Achtung, Bewerbungsschluss ist der 2. September 2011!

## Prüfung der Gültigkeit der Bundestagswahl 2009 abgeschlossen:

**Thomas Strobl, der Vorsitzende des Wahlprüfungsausschusses im Deutschen Bundestag, teilt mit (07.07.2011):**

Der Deutsche Bundestag hat am 7. Juli 2011 die letzten 43 Einsprüche gegen die Gültigkeit der Bundestagswahl 2009 zurückgewiesen. Damit war keiner der insgesamt 163 Wahleinsprüche erfolgreich. In keinem Fall konnte ein Rechtsverstoß bei der Vorbereitung oder Durchführung der Bundestagswahl festgestellt werden, der sich auch auf die Sitzverteilung im Bundestag ausgewirkt hat. Beides zusammen wäre Voraussetzung dafür gewesen, die Wahl für ungültig zu erklären. Gegen diese Entscheidungen des Bundestages ist nun die Wahl-

prüfungsbeschwerde an das Bundesverfassungsgericht zulässig.

Auch wenn der Bundestag auf Empfehlung des Wahlprüfungsausschusses in allen Fällen entschieden hat, den jeweiligen Wahleinspruch zurückzuweisen, haben einige Einsprüche mögliche Defizite des geltenden Wahlrechts bzw. seiner Anwendung aufgezeigt. Aus diesem Anlass hat der Bundestag die Bundesregierung auf einstimmige Empfehlung des Wahlprüfungsausschusses gebeten, in folgenden Fällen Maßnahmen zur Verbesserung des Wahlrechts oder seiner Anwendung zu prüfen.

So soll zum einen geprüft werden, ob zukünftig der Rechtsschutz für politische Vereinigungen, die nicht zur Bundestagswahl zugelassen werden, verbessert werden kann. Zurzeit können Rechtsmittel erst nach der Wahl eingelegt werden.

Zum anderen soll vor dem Hintergrund des Grundsatzes der geheimen Wahl, der eine unbeobachtete Stimmabgabe umfasst, geprüft werden, ob die Einrichtung von Wahllokalen in Räumlichkeiten, die während ihrer üblichen Nutzung (wie z. B. als Geschäftsstelle eines Geldinstituts) mit Videotechnik überwacht werden, ausgeschlossen werden sollte.

Es entspricht der ständigen Praxis des Wahlprüfungsausschusses, durch solche Prüfbitten die im Rahmen der Wahlprüfung gewonnenen Erkenntnisse für eine Verbesserung des Wahlrechts und seiner Anwendung nutzbar zu machen.

v.i.S.d.P.:

Dr. Volker M. Schütterle  
Büroleiter und wissenschaftlicher Mitarbeiter

Abgeordnetenbüro Thomas Strobl MdB

- Vorsitzender des Ersten Ausschusses
- Vorsitzender der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg
- Vorsitzender des Vermittlungsausschusses

Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel. 030 / 227-72542  
Fax 030 / 227-70132